

Editorial

DIETER EULER

Zur (Neu-)Bestimmung des Verhältnisses von Berufs- und Hochschulbildung

1. Sind die Studierenden wahnsinnig?

Wenn ein Bildungsthema den Weg in die Medien findet, dann begründet sich daraus häufig ein beträchtlicher Interpretationsbedarf. Die Sache gewinnt an Dramatik, wenn die mediale Schlagzeile sich verselbständigt und eine Kaskade von vereinfachenden Etiketten auslöst. Eine solche Ereignisfolge ließ sich im vergangenen Jahr über das Verhältnis von Berufs- und Hochschulbildung beobachten. So wurde berichtet, dass die Zahl der Studienanfänger in Deutschland erstmals die Zahl der Ausbildungsanfänger im dualen System überschritten habe. Während die Zahl der Auszubildenden stetig abnehme, erfreue sich das Studium zunehmender Beliebtheit. Diese Zusammenhänge wurden der Datenflut des aktuellen Nationalen Bildungsberichts entnommen und in mediale Schlagzeilen übersetzt. Getreu dem medialen Dreischritt von Dramatisierung, Skandalisierung und Personalisierung wurden die abstrakten Zahlen mit anschaulichen Bildern von überfüllten Hörsälen, ratlosen betrieblichen Ausbildern ohne Lehrlinge und arbeitslosen Bachelorabsolventen (zumeist aus dem Süden Europas) garniert. Demgegenüber kaum eine differenzierende Aufklärung oder Analysen zu den Ursachen der neuen Relation zwischen den beiden Bildungssektoren. Anstelle von sachbezogenen Reflexionen dominieren die Reflexe, und je nach Gusto entstehen Warnungen und Drohkulissen über das Ende der dualen Berufsausbildung oder der Universität.

Nun liefert die Frage nach der angemessenen Zahl von Studierenden seit jeher einen dankbaren Stoff für emotionsgeladene Vereinfachungen. Während früher mit der Schreckfigur eines „Taxifahrers Dr. phil.“ vor der Entstehung eines „akademischen Proletariats“ gewarnt wurde, kleidet sich die Warnung heute in Termini wie „Akademisierungsfalle“ (Strahm 2014) oder wird gar pathologisiert und als „Akademisierungswahn“ (Nida-Rümelin 2014) dramatisiert. Sind die Schulabgänger also wahnsinnig, wenn sie sich für ein Studium entscheiden? Oder sind eher die Eltern gemeint, die ihren Kindern einen idealen Start in Beruf und Beschäftigung ebnen wollen?

Nida-Rümelin war lange genug in der Politik, um deren Spielregeln nicht wirkungsvoll für die Inszenierung seiner politischen (und nicht wissenschaftlichen) Position nutzen zu können. Er würde vermutlich einräumen, dass er mit seiner etwas

unappetitlichen Etikette nicht Personen, sondern bildungspolitische Prozesse meine. Und in der Tat ließe sich Akademisierung so verstehen – beispielsweise als die formale Aufwertung von Berufen, die aus der Berufsbildung in das Hochschulsystem wandern (z. B. im Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegebereich). Festzuhalten ist jedenfalls, dass der „Akademisierungswahn“ eher eine rhetorische Kategorie aus dem Politikmarketing als ein wissenschaftliches Konstrukt mit analytischer Trennschärfe bezeichnet.

Dieser Beitrag ist keine Streitschrift. Er verfolgt vielmehr das Ziel, die Sachverhalte, Interpretationen, Interessen und Positionen hinter der bestehenden Fassade von Bekenntnissen herauszuarbeiten. Dies soll in folgenden Schritten geschehen:

- Zunächst werden einige Ausgangsdaten skizziert, um die einleitenden Zuspitzungen und die nachfolgenden Analysen in den empirischen Dimensionen einzuordnen (Kap. 2).
- Anschließend erfolgt eine Zusammenfassung zentraler Argumentationen, die über drei grundlegende Positionen systematisiert werden (Kap. 3).
- Weiterführend wird die normative Standortgebundenheit der unterschiedlichen Positionen herausgearbeitet und der Zusammenhang von Ziel und Gestaltungskonzeption bewusst gemacht (Kap. 4).
- Zudem wird gefragt, worauf die beobachtbare Hochschulexpansion zurückgeführt werden kann und inwieweit die unterlegten Ursachen und Motive beeinflussbar sind (Kap. 5).
- Nachfolgend wird auf eine spezifische Gruppe von Schulabgängern fokussiert, für die das Zusammenwirken von Berufs- und Hochschulbildung eine hohe Bedeutung besitzt (Kap. 6).
- Schließlich wird begründet, dass die bestehenden Ansätze zur Durchlässigkeit der Berufsbildung unzulänglich sind, wenn eine Gleichwertigkeit zur Hochschulbildung angestrebt wird (Kap. 7).

2. Ausgangssachverhalte

Stellt man die Zahl der Studien- und Ausbildungsanfänger in einer Zeitreihe seit den 1950er Jahren dar, so zeichnet sich nahezu über den gesamten Zeitraum eine Annäherung der beiden Entwicklungen ab (vgl. Baethge & Wolter, 2015). Der Anteil der Jugendlichen an den Geburtsjahrgängen, die ein Studium aufnehmen (Studienanfängerquote) ist von ca. fünf Prozent zu Beginn der 1950er Jahre auf 58 % im Jahr 2013 gestiegen. 2013 begannen 509.000 junge Menschen erstmals ihr Studium. Darunter befinden sich allerdings ca. 101.000 ausländische Studienanfänger, die zumindest aus dem Vergleich mit den Ausbildungsanfängern einer dualen Berufsausbildung ausgeklammert werden müssten. Zudem sind temporäre Sondereffekte zu beachten, beispielsweise aufgrund des durch G8 verursachten doppelten Abiturjahrgangs und der Abschaffung der Wehrpflicht. Von der Quote der Studienanfänger zu unterscheiden ist die der Studienberechtigten (2012: 53,5 %) und der Studienabsolventen (2012: 30,9 %) (Dräger & Ziegele 2014, 7).

Die Entwicklung der Ausbildungsanfänger weist demgegenüber in die andere Richtung. 2014 schlossen ca. 502.000 Ausbildungsanfänger einen betrieblichen Ausbildungsvertrag ab; dazu kommen nochmals ca. 20.000 Anfänger, die in außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen ihre Ausbildung starteten (BMBF 2015, 25). Die

Zahl der Ausbildungsverhältnisse nahm insbesondere in den beiden vergangenen Dekaden stetig ab. Zudem sank die Ausbildungsbetriebsquote auf einen historischen Tiefststand und liegt nunmehr noch bei 20,7% (BMBF 2015, 7). Die Zahlen deuten zunächst darauf hin, dass sich das duale System in einem Erosionsprozess befindet und Schritt für Schritt seine Basis verliert. Gleichwohl wirken auch hier zwei Zahlen relativierend. Zum einen befinden sich im sogenannten Übergangsbereich immer noch mehr als 256.000 Jugendliche, darunter verfügen 25,7% über einen mittleren Bildungsabschluss und 1,7% sogar über eine Hochschulreife (BMBF 2015, 43f.). Zum anderen hätte gut ein Viertel der Ausbildungsanfänger (25,3%) anstelle der Berufsausbildung auch ein Studium aufnehmen können, da sie eine Hochschulzugangsberechtigung besitzen (BMBF 2015, 32). Dies zeigt einerseits, dass eine große Zahl von Schulabgängern Schwierigkeiten bei der Einmündung in Ausbildung und Beruf besitzt. Andererseits scheint die duale Ausbildung für eine beträchtliche Zahl von Studienberechtigten weiterhin attraktiv zu sein.

3. Interpretationen und Positionen

Insbesondere der Rückgang an Ausbildungsstellen sowie die wachsende Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze nährt die These einer Erosion der dualen Berufsausbildung. Zur Begründung lassen sich drei zentrale Argumente anführen (vgl. Euler & Severing 2015, 32):

1. Die demografische Entwicklung reduziert die Alterskohorte, die für die Aufnahme einer Berufsausbildung infrage kommt. Innerhalb der schrumpfenden Kohorte steigt der Anteil der Schulabgänger mit einer Hochschulzugangsberechtigung.
2. Die Hochschulen entwickeln zunehmend berufsbezogene Studienangebote, die sich curricular und zeitlich nicht wesentlich von anspruchsvollen Ausbildungsberufen unterscheiden, jedoch den vergleichsweise attraktiveren Bachelor-Abschluss verleihen.
3. Im Beschäftigungssystem wachsen in vielen Segmenten die Anforderungen im Hinblick auf anspruchsvolle kognitive Kompetenzen, die über akademische Bildungsangebote tendenziell besser entwickelt werden als über berufliche Ausbildungsformen.

In der Gesamtschau entsteht somit ein widersprüchliches Bild. Viele studienberechtigte Auszubildende und ein großes Rekrutierungspotenzial durch den Übergangsbereich auf der einen Seite, rückläufige Zahlen an Ausbildungsstellen und Ausbildungsbetrieben sowie nicht besetzbare Ausbildungsplätze auf der anderen Seite. Sowohl für die Erosions- als auch die Behauptungsthese des dualen Systems finden sich Beispiele – vornehmlich wohl deshalb, weil dieses Ausbildungssystem in seiner Binnenstruktur vielfältig und heterogen ist und daher erst auf der Ebene der Ausbildungsteilmärkte sinnvoll analysiert werden kann. So finden sich die nicht besetzten Ausbildungsplätze zumeist in Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie des Nahrungsmittelhandwerks, während die studienberechtigten Auszubildenden auf wenige Berufe in den Bereichen Finanzdienstleistung, Industrie, Handel und Medien, Information und Kommunikation konzentriert sind (AGBB 2014, 108). Erst der Blick auf die Ausbildungssektoren und –berufe mit dem je spezifischen Profil von Ausbildungsqualität, Beschäftigungs- und Karriereaussichten sowie Potenzial für eine attraktive, sinnstiftende Tätigkeit ermöglicht eine Bewertung.

Im Hinblick auf das Zusammenwirken von Berufs- und Hochschulbildung ist der Überschneidungsbereich von anspruchsvollen Ausbildungsberufen und berufsbezogenen Studiengängen von besonderem Interesse. Es ist zu vermuten, dass Nida-Rümelin mit seiner Provokation eines „Akademisierungswahns“ weniger die Gruppe der Nahrungsmittelfachverkäufer, Maler und Lackierer oder der Gebäudereiniger als empirisches Korrelat im Blick hatte. Eher schon die technischen oder kaufmännischen Berufe, die traditionell in mittlere betriebliche Positionen münden und dort den Kern der Facharbeiter- und Fachangestelltenschaft begründen.

Wie kann die Berufsbildung insbesondere für jene Schulabsolventen attraktiv bleiben, die auch die Option eines Studiums besitzen? An diesem Punkt befindet sich die Berufsausbildung in einem Dilemma: Sie strebt die Öffnung und Durchlässigkeit zu einem akademischen Studium an, um die Attraktivität der Berufsausbildung zu stärken. Oder als Paradoxie formuliert: Die Schulabgänger werden mit dem Argument für eine Berufsausbildung geworben, dass sie sie danach schnell wieder verlassen und studieren können.

Innerhalb dieses komplexen und teilweise widersprüchlichen Diskursraums haben sich im Kern drei Positionen entwickelt, die wie folgt zusammengefasst werden können (vgl. Euler & Severing 2015, 33 ff.).

„Akademisierung bremsen“

Diese Position wird pointiert von Nida-Rümelin (2014) und Strahm (2014) vertreten. Sie ist im politischen Raum den Forderungen insbesondere jener Interessengruppen unterlegt, die in ihrem Sektor mit Schwierigkeiten in der Besetzung von Ausbildungsstellen konfrontiert sind.

Nida-Rümelin hält die momentane Ausdehnung des Hochschulbereichs für eine Fehlentwicklung, die durch eine einseitige Ausrichtung der Bildungspolitik an ‚Employability‘, an beruflicher Verwertbarkeit verursacht sei. Die Universitäten ersticken an der Masse der Studierenden und zugleich würde der Berufsbildung die Basis entzogen. Ungeeignete Jugendliche kämen in die Hochschulen, ein großer Teil von ihnen müsse sie als Studienabbrecher mit der Erfahrung des Scheiterns wieder verlassen. Diese Entwicklung entspräche nicht den unterschiedlichen Begabungen der Jugendlichen. Als Gegenmodell schlägt er eine Rückbesinnung auf die „deutsche Bildungstradition“ vor: Hochschulen mit weniger Studierenden und eine Aufteilung der Schulabsolventen entsprechend ihrer Begabungen.

Der Schweizer Ökonom Strahm spricht von einer „Akademisierungsfalle“ und bezeichnet damit „jene bildungspolitische Fehlentwicklung ..., die junge Menschen ... an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts vorbei ausbildet – und gleichzeitig andere Qualitäten des Menschen vernachlässigt, etwa die Qualifizierung der praktischen Intelligenz oder die emotionale Intelligenz ...“ (2014, 6). Stärker noch als bei Nida-Rümelin dominiert bei Strahm die ökonomische Begründung. Verkürzt: Die Wirtschaft benötige keine zusätzlichen Akademiker, vielmehr seien es die über eine Berufsbildung qualifizierten Fachkräfte, die maßgeblich zur Produktivität und Innovationskraft der Wirtschaft beitragen. Mit Hinweis auf die hohe Akademikerarbeitslosigkeit insbesondere in den südeuropäischen Ländern will er zudem belegen, dass eine Stärkung der Berufs- gegenüber der Hochschulbildung auch sozialpolitisch vorteilhaft ist.

„Bestehende Formen der Durchlässigkeit optimieren“

Diese Position kommt pointiert in den fünf Kernforderungen der „Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB zur Förderung von Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung“ vom 15.12.2010 zum Ausdruck:

1. Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung ausbauen.
2. Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge erweitern.
3. Bedarfsgerechte Angebote für beruflich Qualifizierte schaffen.
4. Finanzielle Fördermöglichkeiten für berufserfahrene Studierende schaffen.
5. Informations- und Beratungsangebote für beruflich qualifizierte Studieninteressenten schaffen.

Die Empfehlungen richten sich im Kern auf eine Optimierung der bestehenden Übergänge von beruflich Qualifizierten in die Hochschule. An einem Punkt gehen die Empfehlungen über den bestehenden Rahmen hinaus, wenn es unter Punkt 3 lautet: „Für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, die bereits eine umfangreiche Bildungs- und Erwerbsbiografie vorweisen können, bietet sich der direkte Zugang zu Master-Studiengängen an. ...“ Dieser Punkt wurde später von Rauner (2013) aufgenommen und konkretisiert.

„Durchlässigkeit gestalten“

Eine andere Position nehmen Autoren ein, die die ‚Abwehrkämpfe‘ gegen eine Akademisierung für anachronistisch halten, zugleich aber Veränderungen vor allem aufseiten der Hochschulen fordern. Die Gründe für die zunehmende Attraktivität einer akademischen Bildung zu ignorieren entspräche einem Vogel-Strauß-Verhalten. Es könne also nicht darum gehen, die alte Segmentierung zwischen Berufs- und Hochschulbildung zu restaurieren, sondern es gelte unter den gegebenen Bedingungen die Akademisierung zu gestalten ohne die Berufsbildung zu schwächen. Eine Konkretisierung dieser Position findet sich bei Dräger & Ziegele (2014, 3). „Der Drang nach akademischer Bildung ... ist nicht mehr aufzuhalten. Deshalb läuft die Debatte um ein ‚Zuviel oder Zuwenig‘ an Akademiker(inne)n ins Leere; die Frage ‚Müssen bald alle studieren?‘ verkennt eine existierende gesellschaftliche Realität. Vielmehr gilt es, die Hochschullandschaft so zu gestalten, dass sie mit der wachsenden Zahl und Vielfalt der Studierenden erfolgreich umgehen kann.“ Gestaltung wird in diesem Zusammenhang auch als (weitere) Öffnung der Hochschulen für jene Studierendengruppen verstanden, die heute als ‚untypisch‘ gelten. Dazu gehören insbesondere beruflich Qualifizierte, Teilzeitstudierende, Studierende mit einem Migrationshintergrund, Studierende mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen sowie Studierende mit Kindern (vgl. Dräger & Ziegele, 2014, 6).

4. Ziele und Interessen

Die Darstellung der skizzierten Positionen lässt eine wesentliche Frage offen: Welchen Zielen und Interessen dienen die jeweiligen Standpunkte? Denn weder Berufs- noch Hochschulbildung sind ein Selbstzweck, sie dienen der Verfolgung individueller, gesellschaftlicher, ökonomischer oder anderer Ziele. Vor diesem Hintergrund kann die Reflexion in zwei Richtungen fortgesetzt werden: Welche Ziele

und Interessen sind den jeweiligen Positionen unterlegt? Oder von den Zielen her gedacht: Wie müsste das Verhältnis von Berufs- und Hochschulbildung gestaltet werden, um bestimmte Ziele und Interessen zu fördern?

In Teilen können die Ziele und Interessen aus den Begründungen der Position interpretiert werden, teilweise bleiben sie aber versteckt und daher klärungsbedürftig. Die Promotoren des „Akademisierung bremsen“ führen Argumente an, die sich auch als Ziele interpretieren ließen: unbesetzte Ausbildungsstellen besser besetzen (unabhängig von deren Qualität); Universitäten vor einer erstickenden Überfüllung bewahren; ‚ungeeignete Jugendliche‘ von der Universität fernhalten; den unterschiedlichen Begabungen von Jugendlichen entsprechen; Zahl der Studienabbrecher reduzieren; Studierende vor der Erfahrung des Scheiterns bewahren; für die Wirtschaft bedarfsgerecht qualifizieren; Akademikerarbeitslosigkeit verhindern (und dadurch staatliche Sozialleistungen vermeiden). Die Liste zeigt zum einen, dass einzelne Argumente und Ziele voraussetzungsreich sind. So etwa das Argument der Begabung(sangemessenheit), dessen Diskussion offensichtlich eine Vielzahl von Einwänden auslöst. Zum anderen wird deutlich, dass die Ziele auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen liegen. So ist zu vermuten, dass einzelne Ziele lediglich Etappenziele für dahinter liegende grundlegendere Leitziele darstellen. Beispielsweise kann die Position der Begrenzung von Studierendenzahlen auch als Plädoyer für eine stärkere Elitenbildung (Nida-Rümelin) bzw. für eine Ausrichtung der Bildung am ökonomisch bestimmten Arbeitskräftebedarf (Strahm) verstanden werden. Eine Rückführung der Studierendenzahlen ginge vermutlich zulasten von bildungsfernen Bevölkerungsgruppen und würde dem Ziel der Öffnung der Hochschulen für diese sozialen Gruppen entgegenwirken.

Die Optimierung der bestehenden Formen der Durchlässigkeit ließe sich als eine spezifische Förderung der kleinen sozialen Gruppe der beruflich Qualifizierten interpretieren. Das Ziel bestände darin, für diese spezifische Gruppe neue Optionen zu schaffen und materiell abzusichern. Auch die Position einer Gestaltung der Akademisierung liefe darauf hinaus, für einzelne soziale Gruppen neue Optionen zu schaffen und insofern Partikularinteressen zu vertreten.

Der Weg von den Positionen zu den Zielen ließe sich auch umkehren. Die Frage lautet dann: Wie wäre das Verhältnis von Berufs- und Hochschulbildung zu gestalten, wenn das Ziel x oder eine Förderung der Gruppe y erreicht werden soll? Zum Beispiel: Wie wären die beiden Bildungssektoren zu gestalten, wenn eine möglichst marktgerechte Fachkräftesicherung gewährleistet sein soll? Oder: Wie ist das Verhältnis von Berufs- und Hochschulbildung auszuprägen, wenn für Jugendliche ohne Hochschulzugangsberechtigung eine überlegte Entscheidung für Ausbildung oder Studium gefördert werden soll?

In welche Richtung die Überlegungen auch konkret verlaufen mögen: Wesentlich erscheint in der Diskussion, dass die Dar- und Vorstellungen nicht auf der Ebene von Mitteln und Maßnahmen verharren, sondern die zugrunde liegenden Ziele und Interessen ausgewiesen und legitimiert werden.

5. Ursachen der Hochschulexpansion

Forderungen nach einer Reduzierung der Studierendenzahlen (bzw. einem Ende des „Akademisierungswahns“) setzen voraus, dass es geeignete Mittel zur Umsetzung dieser Forderung gibt. Sollen impliziert Können! Dies führt zu der Frage nach den

zentralen Ursachen und Motiven und deren (politische) Beeinflussbarkeit. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Zeitpunkt für die Entscheidung „Berufsausbildung oder Studium“ weniger nach Abschluss der Pflichtschule liegt, sondern bereits früher im Übergang von der Primar- in die Sekundarschule. Entscheidend für die Hochschulexpansion ist die kontinuierliche Zunahme von Jugendlichen, die eine Hochschulberechtigung erwerben. Die Übergangsquoten in das Gymnasium sind gestiegen, die Erfolgs- und Abschlussquoten in den Gymnasien haben sich erhöht (Hillebrand 2014), und es wurden gerade in Berufsgymnasien und berufsbildenden Schulen vielfältige Wege geschaffen, die Hochschulreife auch außerhalb des klassischen Gymnasiums zu erwerben.

Als Motiv für diese Bildungsaspiration ist weniger ein gewachsenes Bildungsinteresse oder eine erhöhte Passion für die Schule zu vermuten, sondern ein rationales Kalkül im Hinblick auf die Folgen von Bildungsabschlüssen. Bildungsabschlüsse und entsprechende Zertifikate üben in der Gesellschaft u. a. die zentrale Funktion der Legitimierung von Erwerbs-, Macht- und Statuspositionen aus. Aus Sicht von Jugendlichen bzw. ihren Eltern ist es daher rational, im Sinne einer Optionsqualifizierung möglichst jene Bildungsabschlüsse anzustreben, die ein Maximum an Anschlussberechtigungen verleihen und ein Höchstmaß an Erwerbschancen im Beschäftigungssystem ermöglichen. Vor diesem Hintergrund stellt das Abitur die beste Startposition für den Einstieg in Arbeit und Beruf dar. Am Ende der Kette steht das Studium, dessen Abschluss die Bildungsambitionen formalisiert und auf dem Arbeitsmarkt in konkrete Karrieren überführt. Unter Kriterien der Verdienst- und Entwicklungsmöglichkeiten, der Arbeitsbedingungen und der beruflichen Sicherheit ist die Präferenz für ein Studium eindeutig. „Bei allen geprüften Indikatoren (Einkommen, berufliche Position, Ausbildungsadäquanz der Berufstätigkeit) bleiben die Effekte einer Berufsausbildung hinter denen eines Hoch- oder Fachhochschulstudiums deutlich zurück“ (Baethge et al. 2014, 50 sowie 23 ff.). Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) veröffentlichte auf der Grundlage von Auswertungen des IAB Zahlen, nach denen der Lebensverdienst von Hochschulabsolventen mit 2,3 Mio. Euro ca. eine Mio. Euro höher liegt als das Verdienst von Erwerbstätigen mit beruflichem Abschluss (Dräger & Ziegele 2014, 9). Dabei ist zu beachten, dass die Betrachtung von Durchschnittswerten einen weiten Überschneidungsbereich verdeckt. So verdient fast ein Viertel der Akademiker beim Berufseinstieg weniger als ein durchschnittlicher Absolvent einer Berufsausbildung (Bispinck et al. 2012).

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass „Akademisierungswahn“ zwar als eine für die politische Inszenierung geschickt gewählte Marketingkategorie taugen mag, im Hinblick auf die zugrunde liegende analytische oder empirische Substanz aber unzulänglich ist. Zudem fehlt es ihm an Anschlussfähigkeit für eine politische Gestaltung. Selbst wenn man den Wertungen Nida-Rümelins zustimmt und auch seine anachronistischen Vorstellungen über die Separierung der jugendlichen Schulabgänger nach individuellen Begabungen teilt: Wie könnte ein solcher „Akademisierungswahn“ denn eingedämmt werden? Wie sollen Jugendliche und ihre Eltern davon überzeugt werden, dass nicht der subjektiv höchstmögliche Bildungsabschluss, sondern ein betrieblicher Ausbildungsplatz die beste Option zur Vorbereitung auf die Herausforderungen des Beschäftigungssystems darstellt? Was entgegnet man solchen Jugendlichen, die ihre Bildungsentscheidung für Studium und Hochschule nicht als Ausdruck eines pathologischen Wahnphänomens verstehen, sondern rational über Indikatoren wie Einkommen, Status und Zufriedenheitsniveau berufli-

cher Arbeitsplätze begründen? Und ist die Annahme realistisch, dass die staatliche Bildungspolitik bereit ist, die historisch erreichte Durchlässigkeit und Offenheit an den Übergangsstellen des Bildungssystems durch restriktive Regulierungen wieder rückgängig zu machen? Selbst wenn die skizzierten Gründe für ein Studium angesichts der steigenden Zahl von Studienabsolventen teilweise entwertet würden, führte dies vermutlich nicht zu einer Drosselung der Studienbereitschaft, sondern zu ihrem Gegenteil. Wenn im Theater einzelne Besucher aufstehen um besser sehen zu können, werden ihm bald die anderen folgen, um sich nicht schlechter zu stellen. Wenn die meisten Studierenden einen Bachelorabschluss erwerben, wird der Masterabschluss zum neuen Bezugspunkt. Die Abhebung von der Mehrheit hat viele formale und informale Ausprägungen – aber immer zieht eine Unterscheidungsstrategie bald Nachahmer an und es kommt zu einer kontinuierlichen Aufwärtsdynamik.

6. Notwendige Fokussierungen

Wenn davon ausgegangen wird, dass eine Eingrenzung der Studierendenzahl durch eine Regulierung der Übergänge hin zum Erwerb der Hochschulreife politisch weder gewollt noch durchsetzbar ist, dann fokussiert sich die Aufmerksamkeit auf die Gruppe derjenigen, die nicht auf traditionellen Wegen eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Diese Gruppe wird in zwei der oben skizzierten Positionen explizit hervorgehoben. Die Optimierungsposition will bestehende Formen der Durchlässigkeit für beruflich Qualifizierte nicht nur formal ermöglichen, sondern material unterstützen (z. B. durch Anrechnungen, finanzielle Unterstützung, Brückenangebote). Die Gestaltungsoption weitet die Betrachtung noch aus, zum einen im Hinblick auf die Zielgruppe, zum anderen durch die Forderung nach neuen Formen der Verzahnung zwischen Berufs- und Hochschulbildung.

Mit der Bestimmung der Zielgruppe sind noch nicht die Ziele konkretisiert, die im Hinblick auf die Gruppe angestrebt werden sollen. Die Ziele werden aus Sicht der Gruppe von Schulabsolventen definiert, die nicht auf traditionellen Wegen eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Das Ziel soll nicht darin bestehen, möglichst viele Schulabsolventen aus den allgemeinbildenden Schulen bedingungslos in ein Studium zu führen. Vielmehr soll das Ziel verfolgt werden, die Jugendlichen aus dieser Gruppe zu befähigen, ihre Bildungs- und Berufsziele realistisch einzuschätzen und bestehende Anschlussoptionen im Spektrum von Berufsausbildung und Studium *informiert und erfahrungsbasiert* zu nutzen. Weitergehend sollen neue Optionen geschaffen werden, die der Entscheidungssituation dieser Gruppe entgegenkommen. Konkret lassen sich die folgenden Leitfragen definieren: Wie können Jugendliche ohne Hochschulzugangsberechtigung befähigt werden, informierte und erfahrungsbasierte Entscheidungen bei der Bildungs- und Berufswahl zu treffen? Wie können im Überschneidungsbereich von Berufs- und Hochschulbildung Bildungswege verzahnt und entsprechende zielgruppengerechte Konzepte entwickelt werden?

7. Von der Durchlässigkeit zur Verzahnung der Bildungswege

Die Unterscheidung zwischen Durchlässigkeit und Verzahnung ist für den Zusammenhang von Berufs- und Hochschulbildung von wesentlicher Bedeutung. Die Durchlässigkeit von der Berufs- in die Hochschulbildung impliziert den Aufstieg zu

etwas Höherem und damit die Kennzeichnung der Berufsbildung als einer Durchgangsstation. Verzahnung impliziert die Verbindung von gleichwertigen Teilen. Die Kennzeichnungen sind nicht zuletzt deshalb wesentlich, weil sie die Bewertung der potenziellen Adressaten beeinflussen können. Die Berufsbildung wird nur dann als gleichwertig beurteilt, wenn sie entweder zu gleichwertigen Abschlüssen führt oder wenn sie auf der gleichen Ebene wie die Hochschulbildung steht.

Eine Gleichwertigkeit auf der Grundlage gleichwertiger Abschlüsse ist beispielsweise in dem dänischen Bildungssystem realisiert. Nach dem Abschluss der allgemeinbildenden oder der beruflichen Sekundarschule haben die Absolventen u. a. die Möglichkeit, entweder in einem ‚akademisch‘ oder in einem beruflich ausgerichteten Bachelor-Studiengang zu studieren. Beide haben die gleiche Länge und bieten den Zugang zu den universitären Master-Programmen (vgl. Euler & Severing 2015, 28 f.). In der Praxis belegen etwa gleich viele Studierende einen der beiden Optionen zu einem Bachelorabschluss.

Eine Gleichwertigkeit auf der Grundlage verzahnter Bildungsgänge bietet das duale Studium in seiner ausbildungsintegrierenden Variante (Euler & Severing 2015, 20 ff.). Dieser Typus verbindet einen Ausbildungs- mit einem Studienabschluss. Derzeit werden mehr als 1.000 Studiengänge angeboten, etwa die Hälfte davon ausbildungsintegrierend (Wissenschaftsrat 2013). Das duale Studium steht allerdings nur Schulabgängern mit einer Hochschulzugangsberechtigung offen.

Jugendliche ohne Hochschulzugangsberechtigung, beispielsweise solche mit einem guten mittleren Bildungsabschluss, stehen nach der Schulzeit häufig vor der Frage: Soll ich eine Berufsausbildung beginnen oder vorzugsweise die Hochschulreife erwerben und dann studieren? Wenn sie ein Studium anstreben, dann haben sie mehrere Optionen: Entweder sie erwerben die Hochschulreife in der Schule und beginnen anschließend ein Studium. Oder sie absolvieren eine Berufsausbildung und versuchen nach einer in der Regel dreijährigen Berufspraxis die Studienzulassung über eine Eignungsfeststellung bzw. ein Probestudium. Schließlich können sie nach der Berufsausbildung in der Fach- bzw. Berufsoberschule oder nach der Berufsausbildung über einen Abschluss in der Aufstiegsfortbildung (z. B. Meister) die Hochschulreife erwerben. In vielen Bundesländern besteht zudem die Möglichkeit des Erwerbs einer Hochschulzugangsberechtigung parallel zu einer Berufsausbildung. In einer Lebensphase, die bei vielen Jugendlichen durch Unsicherheit geprägt ist, wird von ihnen eine folgenreiche Entscheidung abverlangt.

Alle Optionen basieren auf der Trennung von bzw. der Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung. Der Fixpunkt ist das Studium, die Berufsausbildung fungiert im besten Fall als ein Sprungbrett in die Hochschule. Eine neue Qualität des Zusammenwirkens von Berufs- und Hochschulbildung erforderte Modelle, die die beiden Bildungssektoren enger verzahnen. Ein Prototyp für ein solches Modell wurde in einer Initiative der Bertelsmann Stiftung entwickelt, an der Vertreter aus acht Bundesländern, der Bundesagentur für Arbeit und der Wissenschaft vertreten waren (zu den nachfolgenden Darstellungen, vgl. Bertelsmann Stiftung 2015, 12 ff.).

Das Modell umfasst eine zweijährige Grundstufe, in der die Ausbildungs- und Studieninhalte curricular verzahnt sind. In vielen Berufsfeldern gibt es anspruchsvolle Ausbildungsberufe und anwendungsorientierte Bachelor-Studiengänge, die sich in mehrfacher Hinsicht überschneiden (z. B. in kaufmännischen Ausbildungsberufen, MINT-Berufen). Vor diesem Hintergrund wird die Grundstufe so gestaltet, dass die Auszubildenden wesentliche Teile einer dualen Ausbildung durchlaufen. Darüber

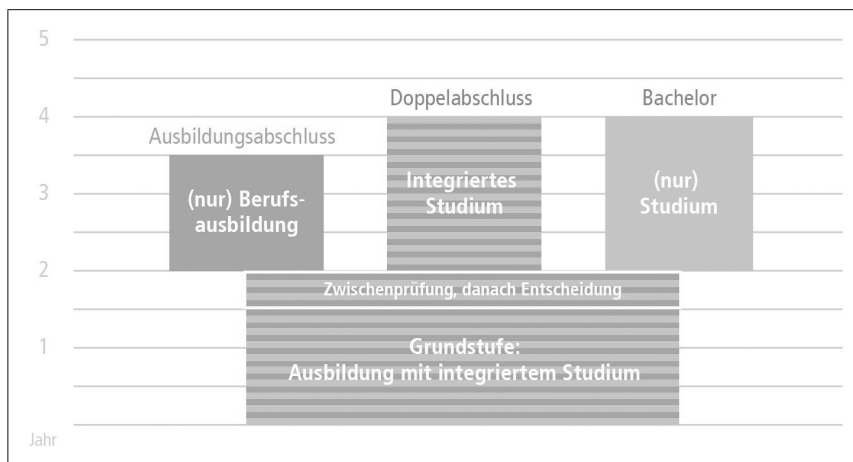


Abb.: Modell einer studienintegrierenden Ausbildung

hinaus bekommen sie an einer Hochschule auch fachbezogene Studieninhalte vermittelt. Deren Umfang beträgt mindestens 30 ECTS. In der Grundstufe ist zudem ein Berufs-/Laufbahncoaching und ein studienpropädeutisches Modul integriert. Nach zwei Jahren schließen die Auszubildenden die Grundstufe dann mit einer Zwischenprüfung ab. Anschließend können sie sich für eine der drei folgenden Optionen entscheiden:

- Fortführung und Abschluss der dualen Berufsausbildung
- Fortführung des Studiums bis zu einem Bachelorabschluss
- Studienintegrierte Ausbildung bis zu einem Doppelabschluss, vergleichbar mit dem bestehenden ausbildungsintegrierenden dualen Studium

Je nach Ausbildungsberuf und Voraussetzungen der Jugendlichen können die Bildungswege eine unterschiedliche Dauer erfordern.

Das Modell spricht die in Kapitel 6 skizzierten Ziele in mehrfacher Hinsicht an. Studieninteressierte Jugendliche erhalten die Chance, sich zunächst einmal in einer beruflichen Ausbildung mit den dort bestehenden Möglichkeiten vertraut zu machen. Diese Phase ermöglicht ihnen, sich erfahrungsbasiert für eine Berufsausbildung und/oder ein Studium zu entscheiden. Sie sammeln Erfahrungen in beiden Bereichen und können sowohl ihre Interessen als auch Eignungen darauf überprüfen, welcher Bildungs- und Berufsweg für sie in Frage kommt. Die Grundstufe ermöglicht ihnen, realistischere Entscheidungen hinsichtlich Ausbildung und Studium zu treffen. Das wirkt möglichen Abbrüchen entgegen. Mit der studienintegrierenden Ausbildung entsteht eine hochwertige, mit akademischen Inhalten aufgewertete Form der Berufsausbildung. Berufs- und Hochschulbildung sind verzahnt und damit gleichwertig. Schulabgänger ohne Hochschulreife können so ihre Eignung für ein fachaffines Studium nicht länger nur über die Absolvierung von Inhalten aus dem Kanon der Allgemeinbildung, sondern verstärkt auch über die in der Berufsbildung und Berufspraxis erworbenen studienrelevanten Kompetenzen nachweisen. Unternehmen bietet die studienintegrierende Ausbildung schließlich die Möglichkeit, durch attraktive Ausbildungsangebote leistungsstarke Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden.

8. Abschluss

Die im Nationalen Bildungsbericht angemahnte Neubestimmung des Verhältnisses von Berufs- und Hochschulbildung (AGBB, 2014, 5f., 12) lässt sich schwerlich über plakative Formeln bestimmen, sondern erfordert differenzierte Analysen und auf konkrete Zielgruppen ausgerichtete Gestaltungsvorschläge. Während das Hochschulsystem (zumindest im staatlichen Bereich) derzeit wenig Druck verspürt, sich neuen Zielgruppen zu öffnen, wächst für das Berufsbildungssystem der Handlungsdruck. Die Neubestimmung der Übergänge zur Hochschule stellt dabei eine der Kernherausforderungen dar, mit denen sich die Berufsbildung konfrontiert sieht:

- Wie gelingt es, die offenbar stagnierende, hohe Zahl von derzeit ca. 260.000 Jugendlichen im Übergangssektor in eine Berufsausbildung zu integrieren?
- Wie können in Ausbildungsbereichen, in denen nach einschlägigen Indikatoren (z. B. Zahl der Vertragslösungen, Beschwerdehäufigkeit, nicht besetzte Ausbildungsstellen) die Ausbildungsqualität deutlich gesteigert werden kann, entsprechende Verbesserungen ausgelöst werden?
- Wie können insbesondere für solche Schulabsolventen Verzahnungen zwischen Berufs- und Hochschulbildung hergestellt werden, die prinzipiell ein Interesse an einer qualifizierten Berufsausbildung haben.

Die verschiedenen Ausbildungsberufe sind in unterschiedlichem Maße betroffen – dies verteilt die Reform auf viele Schultern, macht sie aber nicht einfacher!

Literatur

- AGBB – Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014). *Bildung in Deutschland 2014*. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Baethge, M. & Wolter, A. (2015): The German Skill Formation Model in Transition: From Dual System of VET to Higher Education? Erscheint im Journal for Labour Market Research.
- Baethge, M., Kerst C., Lesczensky M. & Wieck M. (2014). Zur neuen Konstellation zwischen Hochschulbildung und Berufsausbildung. Forum Hochschule 3/2014.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015). Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung. Politische Forderungen der Initiative „Chance Ausbildung“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bispinck, R. et al. (2012). Bachelor, Master und Co. – Einstiegsgehälter und Arbeitsbedingungen von jungen Akademikerinnen und Akademikern. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf 2012: Arbeitspapier 10/2012. Verfügbar unter: <http://www.lohnspiegel.de/dateien/einstiegsgehaelter-fuer-akademikerinnen> – Zugriff am 28.08.2014.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2015). Berufsbildungsbericht 2015. Berlin.
- Dräger, J. & Ziegele, F. (2014). Hochschulbildung wird zum Normalfall – Ein gesellschaftlicher Wandel und seine Folgen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Euler, D. & Severing, E. (2015). Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hillebrand, A. (2014). Selektion im Gymnasium. Münster.
- Nida-Rümelin, J. (2014). Der Akademisierungswahn – Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Rauner, F. (2013). Ein durchgängiger dualer Bildungsweg. In: bwp@ Spezial 6 – Hochschultage Berufliche Bildung 2013, Fachtagung 07, hrsg. v. Niethammer, M./ Pfrengle, G., 1–19. Online: http://www.bwpat.de/ht2013/ft07/rauner_ft07-ht2013.pdf (Abruf: 14.3.2015).

- Strahm, R. H. (2014). Die Akademisierungsfalle. Warum nicht alle an die Uni müssen. Bern: hep-Verlag.
- Wissenschaftsrat (Hrsg.) (2013). Empfehlungen zur Entwicklung des dualen Studiums. Drs. 3475-13 des Wissenschaftsrats.
- Wissenschaftsrat (Hrsg.) (2014). Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung. Drs. 3818-14 des Wissenschaftsrats.

Anschrift des Autors: Prof. Dr. Dieter Euler, Universität St. Gallen, Institut für Wirtschaftspädagogik, Dufourstr. 40a, CH-9000 St. Gallen. Mail: Dieter.Euler@unisg.ch